

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 46 (1990)
Heft: 3

Artikel: Nehmen Sie Platz, Madame
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-844465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nehmen Sie Platz, Madame

Rechtzeitig steigt die eidgenössische Kommission für Frauenfragen in den Wahlkampf 1991 ein. Sie meldet ihre Ansprüche an, bevor die Parteien ihre Listen aufgefüllt und die Gelder verteilt haben. Heute sind rund zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes der Meinung, dass die Frauen im Parlament untervertreten sind. Diese Einsicht wirkt sich jedoch nicht unmittelbar auf ihr Wahlverhalten aus, jedenfalls nicht in der Weise, dass sie konsequent Frauen bevorzugen würden. Jungen Feministinnen war der Bericht zu wenig aufmüpfig, gewisse Medien dagegen fühlten sich betupft. Sie hörten klar die Botschaft: Eine Frau mehr im Rat bedeutet einen Mann weniger. – Wir stellen ein paar ausgewählte Gedanken vor.

Safran macht den Kuchen gelb

Frauen wird ein Plätzchen in der Politik eingeräumt, ein bescheidenes. Wie Safran sollen die Politikerinnen den 'Farbtupfer' ausmachen, aber ja nicht mehr. Während unsere Konkordanzdemokratie zu Recht auf alle möglichen Minderheiten Rücksicht nimmt, hat seit 1971 niemand daran gedacht, das Parlament 'hälftig' zu bestellen. Politikerinnen müssen jeweils das weibliche Geschlecht vertreten, sie werden als 'Bannerträgerinnen' wahrgenommen. Männer dagegen sind Versicherungsexperten, Vertreter des Bauernstandes oder des Gewerbes usw. 'Ungleichstellung der Geschlechter ist kein einmaliges Wahlthema, sondern eines der Grundübel unserer Kultur', fasst der Bericht zusammen.

Missstand = Zustand?

Etwa ein Drittel der Bevölkerung ist bereit, Massnahmen zur Frauenförderung in der Politik zu unterstützen. Allerdings: Je weniger die Befragten zur Urne gehen, desto positiver stehen sie solchen Projekten gegenüber. Die Frage bleibt im Raum, ob die Bereitschaft, mehr Frauen zu wählen, auch jene miteinschliesst, weni-

ger Männern die Stimme zu geben. Der Bericht schliesst: 'Öffentliche Reflexionen darüber sind zweifellos noch immer tabu. Politische Aufklärungsarbeit . . . muss deshalb genau dieses Tabu brechen.'

Und wenn sich trotz allem nichts ändert? 'Man kann zu Quoten eingestellt sein wie man will, fest steht jedenfalls, dass sie das effizienteste Mittel sind, für Politikerinnen Platz zu schaffen. Das ist kaum bestritten, aber gerade deshalb sind Quoten stark umstritten. Wenige haben etwas gegen Frauenförderung, solange sie verbal beteuert wird. Was aber, wenn die Garantie besteht, dass die Förderung auch zum Erfolg führt.'

Famillendoppelmental

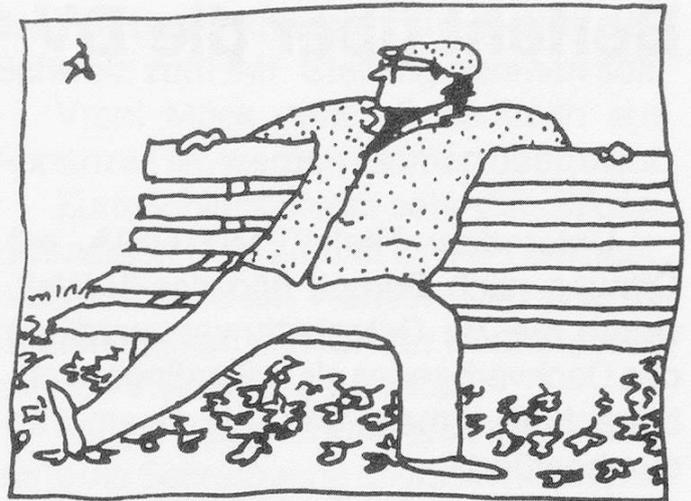
86% der gegenwärtigen Nationalräte sind verheiratet und haben Kinder. Bei Männern ist der Ausweis einer eigenen Familie karrierefördernd, bei Kandidatinnen jedoch oft ein Hinderungsgrund. 'Dem Mann gibt die Familie das Ansehen von Stabilität und Ordnung, bei der Frau fragen sich die Wählenden, wie sich ein politisches Mandat mit den familiären Pflichten verträgt.' Dies bedeutet im Klartext, dass sich Männer nicht nur von ihren

Sesseln erheben, sondern gleich noch zu Staubsauger und Kochlöffel greifen müssen, wenn wir eine gerechtere Gesellschaft wollen.

Zum Teil anmassende Wissenschaftssprache

Es ist ein grosses Verdienst dieses Berichtes, dass er in den wissenschaftlichen Kapiteln gewissen Vorurteilen auf den Grund geht. In der Debatte lassen sich ab sofort viele frauenfeindliche Behauptungen widerlegen. Leider drängt sich in diesem Zusammenhang ein ernsthafter Einwand auf: Verlautbarungen einer eidg. Kommission sollten einer breiten Öffentlichkeit leicht zugänglich sein. Forscherinnen und Forscher müssten sich einer Sprache bedienen, die nicht nur Hochschulabsolventen nach der zweiten Lektüre einleuchtet; jede andere Ausdrucksweise ist undemokratisch und arrogant. Die Studie liest sich zweitweise recht gut, doch dann folgen Passagen, in denen WissenschaftlerInnen es unterliessen, ihre Erkenntnisse in eine verständliche Umgangssprache zu übersetzen. Ausgerechnet im Bereich 'Fachchinesisch' ist die Gleichberechtigung voll verwirklicht.

Zwei Beispiele mögen diese Beobachtung verdeutlichen, der Bericht enthält zahllose weitere derartige Blüten. Ein Autor schreibt, selbst grammatikalisch fragwürdig: 'Zur Differenz zwischen gesellschaftlichem Bewusstsein und individuellem Verhaltens: zwei wahlrelevante Beispiele eines Paradoxons' (S. 143), während uns eine Autorin mitteilt: 'Den die sozialen Rollen konstituierenden Verhaltenserwartungen ist eigentümlich, dass sie verbindlich sind' (S. 203). Aha. Nachdem es bekanntlich den Frauen seit Generationen an Selbstbewusstsein



mangelt, wird manche Leserin die entsprechenden Kapitel enttäuscht übergehen und glauben, sie sei eben zu dumm, um zu begreifen. Hier müssten die Herausgeberinnen in Zukunft kritisch den Rotstift ansetzen.

Und die Herren Parlamentarier?

Sie sollten – so die unmissverständliche Aufforderung – den Frauen Platz machen, am liebsten freiwillig, und auf eine (weitere) Kandidatur verzichten, andernfalls wäre, wie bereits angedeutet, die Einführung von Quotenregelungen ernsthaft zu prüfen. Parteien oder gar der Gesetzgeber könnten mit einer Amtszeitbeschränkung sanfte Gewalt ausüben. Gewissen Männern passt dies selbstverständlich nicht in den Kram. Gegenüber der Zeitung 'Der Bund' meinte Christoph Blocher, dies sei der falsche Weg. Er gebe seinen Stuhl nicht einfach so preis. Schliesslich sei er gewählt und habe einen Auftrag!

Nehmen Sie Platz, Madame. Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz. Bericht der eidg. Kommission für Frauenfragen. 267 Seiten, zu beziehen bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern.